

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Greherz und Andreas Heusler. Nun ist er ihnen in die Ewigkeit nachgefolgt, und so wenig diese um unser deutschschweizerisches Volkstum verdienten Männer ersezt worden sind, ebensowenig wird es einen zweiten Eduard Blocher geben. Mit ihm ist einer der letzten Vertreter eines ganzen Geschlechtes von Schweizern deutscher Art gestorben. Was er geleistet hat, wird nicht untergehen, wenn es auch lange dauern mag, bis sein voller Wert unangesuchten anerkannt wird. Uns aber wird es für den Rest unserer Tage eine kostbare Erinnerung bleiben, mit solchen Männern in gleicher Gesinnung verbunden gewesen zu sein.

Politische Rundschau

Infolge Abwesenheit des Schriftleiters muß die Übersicht „Zur Lage“ ausfallen.

Schweizerische Umschau.

Zur Hotelmisere. / Rheinwald und Urseren als Opfer der Elektrizitätskonjunktur?

Die Hotelmisere ruft in der Gegenwart wieder neuen Sanierungsmaßnahmen. Im Rahmen des großen Arbeitsbeschaffungsplanes beschäftigt sich eine vom Eidg. Amt für Verkehr eingesetzte Kommission mit Erhebungen über die Lage. Für die Zukunft rechnet man „mit einer zahlenmäßigen Verminderung, sei es durch Herabsetzung der Bettenzahl durch Umgestaltung bestimpter Hotels auf eine andere Zweckbestimmung oder durch Abbau. Auch die Umgestaltung von den Ansprüchen nicht mehr genügenden Erstklasshäusern in solche für bescheidenere Ansprüche wird ins Auge gefaßt“. Gleichzeitig plädiert selbst der Direktor des Schweiz. Hotelier-Vereins, Dr. Riesen, für die Stilllegung: „Die Umstellung muß im Auge behalten: So weit als möglich Ausmerzung aller unzweckdienlichen Betriebe. Nach unserem Dafürhalten kann man kaum genügend Hotels stilllegen und zum Verschwinden bringen.“ Im weiteren spricht sich dieser Fachmann auch für eine Sanierung aus vor allem durch Erleichterung im Zinsenstand. (NZZ Nr. 498/1942.) Eine weitere Stimme ertönt in der „Schweiz. Handels-Zeitung“ (Nr. 3/1941) und verlangt: „1. eine planmäßige Einschränkung des Bettenangebotes durch gänzliche oder teilweise Eliminierung nicht mehr lebensfähiger Objekte, 2. Entlastung der verbleibenden Unternehmungen durch Ausgleich mit den alten Gläubigern usw., 3. Förderung der Entwicklung des Fremdenverkehrs durch staatliche Maßnahmen gegen unsaurer Wettbewerb jeder Art, Fehl- bzw. Spekulationsinvestitionen.“

Diese gewiß geeigneten Vorschläge zur Sanierung des Hotelwesens gehen leider an einem Postulat vorüber, das nicht unbeachtet bleiben darf. Es ist das Postulat der adäquaten Investition. Geplant ist heute, wie man sieht, einfach eine Konzentration der Gaststätten, so daß den übrig bleibenden die gute Rendite und der bisherige Lebensstandard gesichert bleibt. Man will grundsätzlich aus der Krise nur das lernen, daß die Zahl der Hotels und der Betten vermindert werden müsse. Eine andere Einstellung will man aus der Krise nicht lernen! Demgegenüber läßt sich mit sehr guten Gründen die Ansicht vertreten, daß die Zukunft wohl kaum zahlenmäßig viel weniger Unterkunfts möglichkeiten erfordert, wohl aber sachlich ganz andere Ansprüche machen wird.

Wir leben in der Zeit des Sportlers und des Soldaten! Die Ansprüche werden sachlicher sein, mehr angepaßt dem, was eine Gegend natürlicherweise bieten kann. Dazu gehören auch den Bergen angepaßte Gasthäuser. Die Jugendherbergen, die Arbeitslagerbaracken, die Kasernen, die Klubhütten, die Dorfgasthäuser, die Privatpensionen, die Paßhospize dürfen etwa die Richtung anzeigen, in welcher die künftigen Ansprüche gehen. Schon jetzt hat sich ja auch ein schöner Teil der Fremden — in manchen Kurorten ist es bereits die Hälfte — in die kleinen Privatpensionen und in die Privatzimmer verzogen. Wenn aber der Weg hier durchgeht, dann genügt es nicht, einfach die Unterkunfts möglichkeiten abzubauen, sondern es muß das Anliegen der Gegenwart sein, andere Unterkünfte vorzubereiten. Im Großen und Ganzen dürfte sich sagen lassen, daß Gaststätten gesucht werden, die den örtlichen Gegebenheiten adäquat sind, sowohl was die Räume als was die Lebenshaltung anbelangt. Im Einzelnen sollen die Unterkünfte gegenüber früher viel schlichter, dafür aber geräumig und sauber sein und zugleich auch der Gemeinschaftspflege dienen. Schaffung solcher Beherrschungsstätten ist adäquat Investition. Sie wird sich auch finanziell als adäquat erweisen, denn sie verbietet die Aufwendung großer Kapitalien zu luxuriösen Aufwendungen. In den Bergen kann sich wie auf dem flachen Lande und überhaupt in gewöhnlichen Kurgebieten nur ein kleiner, eher zu einfacher Betrieb auf die Dauer halten, das ist — von uns ins Praktische übersetzt — die Lehre, die Dr. Böhi vom Zürcher Institut für Wirtschaftsforschung für die Hotels aufgestellt hat mit den Worten: „Die einzelnen Betriebe müssen so gestellt werden, daß sie mit einiger Sicherheit in guten und schlechten Jahren ihren Verpflichtungen nachkommen können.“ Eine sorgfältige adäquate Investition hat neben der Befriedigung der sachlichen Bedürfnisse des Publikums und der größeren Sicherung des Kapitals auch noch jenen anderen Vorteil, den Dr. M. Großmann in seinem Aufsatz zum Bericht der eidgenössischen Arbeitsbeschaffungskommission angetönt hat: „Aufgabe einer solchen ... Sanierungsaktion wäre es, unseren Hotelbetrieben einen heimatbenton und damit auch persönlichen Charakter zu geben, welcher dem Geschmacke des neuen Reisepublikums entspricht. Dabei bleibt es den Fachleuten überlassen, die architektonisch richtige Lösung zu finden.“ („Zeitfragen der Schweizerischen Wirtschaftspolitik“ Nr. 6.)

* * *

Soeben kommen wir von einem Thema her, das mit der Schaffung von Großakkumulierwerken im Rheinwald und in Urseren eine gewisse Verwandtschaft zeigt: Die Hotellerie hat wie die Elektrizitätserzeugung aus Speicherseen ihren Schauplatz in den Bergen, und es gab bei der Hotellerie einmal einen Zeitpunkt, da man auf Jahre hinaus gemäß kluger Voraussicht „auf Grund der bisherigen Entwicklung“ die angeblich erforderlichen Gasthäuser baute, so wie man heute gemäß ebenso kluger Voraussicht „auf Grund der bisherigen Entwicklung“ in der Elektrizitätswirtschaft die in der Zukunft notwendigen neuen Werke bauen will. Wie es dann mit der Hotelkonjunktur vom Jahre 1914 an gegangen ist, brauchen wir nicht näher auszuführen. Es genügt die Feststellung, daß die optimistischen Berechnungen der zu erwartenden Frequenz, die gewiß damals auch nicht ohne Sorgfalt angestellt wurden, vollständig fehlgeschlagen haben. Wie es aber nun mit der Elektrizitätskonjunktur gehen wird, wissen wir nicht. Wir sehen vorläufig nur eine Situation, die jener des Hotelwesens vor dem ersten Weltkriege, die zu einer falschen Kapitalinvestition führt, ähnlich sieht.

Der Ruf nach größerer Elektrizitätserzeugung erschallt. Der Stromverbrauch ist jetzt auf 7,2 Milliarden Kilowattstunden im Jahr gestiegen, während man in einem Jahre mittlerer Wassersführung 8,1 Milliarden erzeugen kann

(1938/1939). Im besonderen wird darauf hingewiesen, daß es an Winterenergie mangelt, weil die Kraftwerke an Wasserläufen nicht genügend Zufluß hätten. Im letzten, allerdings unmaßgeblichen Winter soll ein Bedarf von 3,5 Milliarden bestanden haben bei nur 2,8 Milliarden Erzeugung! Diesem Mangel an Winterenergie möchte man nun abhelfen eben durch den Bau von großen Akkumulierwerken in den Bergen. Es ist geplant, Speicherseen zu bilden, die sich im Sommer zu füllen hätten, und deren Wasser dann im Winter zur Stromerzeugung abgelassen würde. Kategorisch wird dazu erklärt: „Für solche Großakkumulierwerke gibt es jedoch im Gebiete unserer Alpen nur zwei Möglichkeiten, die in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht realisierbar sind“ (NZB Nr. 887/1942). Da sodann als diese einzigen Möglichkeiten ein großer Stausee im Rheinwald und ein großer Stausee im Urserental bezeichnet werden, sind wir bei der Kernfrage, die uns bewegt, angelangt: Sollen das Rheinwald und das Urserental die Opfer der heutigen Elektrizitätskonjunktur werden?

Zunächst befassen wir uns nur mit dem Rheinwald, weil der Bau dieses Werkes demnächst zur Entscheidung gelangen dürfte, während der Bau des Urserenwerkes auf eine spätere Zeit verschoben zu werden scheint. An den Anfang gehört hier die Feststellung, daß das Rheinwaldwerk nur begründet werden kann mit dem Bedürfnis nach Winterenergie. Leider haben das weder der Bundesrat in seiner Mitteilung vom 14. April 1942 noch das „Zehnjahresprogramm“ des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereines und des Verbandes schweizerischer Elektrizitätswerke deutlich herausgesagt. Die Sommerenergie dieses Werkes (465 Millionen kWh) wird gar nicht benötigt; nachdem sich ergibt, daß bisher im Sommer nur etwa vier Fünftel des erzeugbaren Stromes gebraucht wurden, könnte man auch im Falle besten sommerlichen Absatzes in Zukunft mit den bestehenden und den geplanten anderen (Bau-)Werken auskommen. Zur Verfügung ständen 5,6 Milliarden, und nach dem bisherigen Verhältnis brauchte man nicht einmal 5 Milliarden (bisher 3,8). Somit präzisiert sich unsere Fragestellung weiter dahin, ob die Schweiz wirklich der Winterkraft bedürfte, die dieses Rheinwaldwerk erzeugte. Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir davon ausgehen, wie es bis anhin mit unserer Elektrizitätsversorgung stand. An der Generalversammlung der Bernischen Kraftwerke vom 30. Mai 1942 erklärte deren Präsident, alt Regierungsrat Dr. h. c. Bösiger, darüber: „Die Schweiz war bis zum Krieg reichlich mit elektrischer Energie versorgt, und es darf mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß beim Beginn des Krieges noch genügend disponible Energie vorhanden war, um die normale Zunahme des Bedarfs bis zur Inbetriebsetzung der im Bau befindlichen neuen Kraftwerke zu decken. Man müsse sogar feststellen, daß bis zum Kriege das Angebot an elektrischer Energie im Großhandel die Nachfrage überstiegen habe, und daß die Preise entsprechend sehr tief, zum Teil unter den Selbstkosten standen.“ Über die seitherige Entwicklung sagte Dr. Bösiger dann Folgendes: „Erst der übermäßige Energiebedarf seit Beginn des Krieges hat dann bewirkt, daß nach zwei Jahren infolge der außerordentlichen Zunahme des Verkehr auf den Eisenbahnen im Inland- und Transitverkehr sowie des enormen Bedarfs der Kriegsindustrien, des Militärs usw. die Nachfrage größer wurde als das Angebot. Bei einzelnen Bahnen und Großindustrien stieg der Konsum im Jahre 1941 auf das Doppelte und mehr des Konsums im Jahre 1938.“ Aus diesem Tatsachengrunde glaubte nun der angeführte „Zehnjahresplan“ für Kraftwerkbaute die folgenden Schlüsse ziehen zu können: „Nach den Erfahrungen über den Bedarfzuwachs ist damit zu rechnen, daß die verfügbare Energie dieser drei Kraftwerke (Rettingen, Innertkirchen und Verbois) mit der vollen Inbetriebnahme ohne Weiteres Verwendung finden wird. Geht die Entwicklung des Energiebedarfes ungefähr im gleichen Maß weiter, so sind weitere Energiequellen zu erschließen. Faßt man

einen Zeitraum von zehn Jahren, ungefähr von 1944 bis 1953 ins Auge, so sind bis Ende 1953 Werke zu bauen und in Betrieb zu nehmen, die insgesamt jährlich 2200 Millionen kWh erzeugen können.“ Von anderer Seite wird diese Schätzung eines jährlichen Mehrbedarfes von 220 Millionen kWh sogar noch als äußerst vorsichtig bezeichnet. Uns hingegen dürft es reichlich hoffen, im Sinne des „Zehnjahresplanes“ von einer kriegsbedingten Entwicklung derart auf die Zukunft schließen zu wollen. Wir wissen ja wohl um die Existenz eines Planes von Dr. Todt, welcher einen dauernden Stromimport aus der Schweiz nach Deutschland im Rahmen einer ungeahnten Entwicklung des Elektrizitätsverbrauches vorsieht, und wir haben auch davon gehört, daß man von der Landwirtschaft, der Raumheizung und der Elektrochemie einen bedeutenden Mehrbedarf erwartet. Aber zunächst wird nach dem Kriege doch in erster Linie einmal der kriegsbedingte Verbrauch zurückgehen, bevor die neue Entwicklung in einem Mehrverbrauch zur Geltung kommt. Es fehlt denn auch nicht an Stimmen, die die Zukunft der Elektrizitätswirtschaft als unsicher bezeichnen. So sagte Bundesrat Celio, allerdings ohne sich folgerichtig dem „Zehnjahresplan“ in den Weg zu stellen: „Es wäre gewiß unsinnig, daran zu denken, daß Gesamtprojekt dieser Arbeiten gleichzeitig zu verwirklichen . . ., weil es höchst unklug wäre, unser gesamtes nationales Vermögen auf den Markt zu bringen, da doch der gegenwärtige Elektrizitätsmangel vorübergehender Natur ist und wir den Bedarf von Morgen nicht kennen.“ Hinsichtlich des Kraftwerkes im Rheinwald bedeutet das, daß seine Notwendigkeit — besonders in der heutigen Überdimensionierung — durchaus nicht klar gestellt ist. Vielmehr läßt sich mit guten Gründen die Meinung vertreten, daß die anderen vorgesehenen Werke zunächst genügend Winterenergie liefern werden (etwa 550 Millionen kWh), um den Bedarf zu decken. Vergesse man auch nicht, daß ein nicht voll ausgenütztes Rheinwald-Werk teureren Strom produziert, vielleicht teureren als ein kleines Werk mit voller Ausnützung. Gerade auf die Unsickeit mehrerer kleiner Werke anstelle eines großen ist jüngst in einer Versammlung des Linth-Limmattverbandes hingewiesen worden.

Neben dieser wirtschaftlichen Fragwürdigkeit des Rheinwaldwerkes fällt aber noch die Gefährdung, ja Vernichtung einer ganzen Talschaft und ihres Kulturbodens ins Gewicht. Die Zeitschrift „Heimatschutz“, die ihre Nr. 4 vom Dezember 1941 diesem Thema gewidmet hat, schreibt darüber: „Nun kann dieses Werk aber nur errichtet werden, wenn bei Splügen eine gewaltige Staumauer errichtet werden darf, hinter welcher ein künstlicher See von 280 Millionen Kubikmetern Inhalt sich bilden soll. Ein zweiter kleiner See mit etwa 20 Millionen Kubikmetern Stauwasser ist unterhalb Splügen, bei Sufers vorgesehen. Der kleine See wird keinen ernstlichen Schaden stiften. Der große aber würde das ganze Dorf Splügen und einen Teil von Medels überfluten und im ganzen Rheinwald so viel bestes Kulturland enttränken, daß die Mehrzahl der Splügener Bauern und auch einige von Medels das Tal verlassen müßten.“ Über diese Tatsachen geht zwar der „Zehnjahresplan“ mit einer nachlässigen Geste hinweg, indem er sagt: „Die Straßenverlegung und Neuansiedlung der Bevölkerung sind verhältnismäßig wenig einschneidend und leicht zu verwirklichen“, was ungefähr mit der Mißachtung der Rheinwalder Bevölkerung übereinstimmt, die sich darin ausdrückte, daß die Projekte gewissermaßen hinter ihrem Rücken ausgearbeitet wurden. Aber die Rheinwalder sahen sich für Volk und Heimat zur Wehr. In einer Resolution, die sie am 16. November 1941 einstimmig in der Kirche zu Splügen saßen, erklärten sie: „Aus Liebe zur Heimat und im Bewußtsein, nichts als das Recht der Selbstbestimmung, wie es jedem freien Bürger zusteht, für uns zu beanspruchen, lehnen wir einen Ausbau der Wasserkräfte am Hinterrhein in der vorgesehenen Form des Bestimmtesten ab.“ Und sie forderten die Behörden auf, „diese Gefahr, welche wie ein Stein auf unseren Gemütern lastet, für immer zu

besetzen". Die helle Empörung über die geplante Vernichtung der volklich und wirtschaftlich gesunden Talschaft aber flammt besonders aus den Worten des Gemeindeammanns von Splügen: „Es kann gegen den Willen unserer Bevölkerung verfügt werden, was beliebt; wir werden da stehen und da bleiben.“ Die Glut dieser Heimatliebe hat sich aber noch weiter über die ganze Schweiz verbreitet. Bereits hörten wir vom Heimatschutz, der sich der Rheinwalder Sorgen annimmt. Zu ihm gestoßen sind auch der Schweizerische Bund für Naturschutz und der Schweizerische Alpenklub. Sie alle wiederholen gewissermaßen tausendmal die Worte, die Ständerat Dr. Bardelli am 31. Mai 1942 im Schoze der Neuen Helvetischen Gesellschaft aus wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gründen ausgesprochen hat: „Die Preisgabe eines der schönsten Alpentäler unseres Landes kann nicht gerechtfertigt werden.“

Das ist auch unsere Meinung. Wir wissen zwar, daß dieser Ablehnung parteimäßige wirtschaftliche Erwägungen entgegengestellt werden und sich Durchbruch verschaffen könnten. Schon die Mitteilung des Bundesrates vom 14. April 1942 ist in ihrer einseitigen Orientierung nicht unbedenklich. Sollte sich der Bundesrat in dieser großen Frage nicht auch noch durch ein Gutachten von absolut unbesetzter Seite beraten lassen?

Büla ch, am 17. Juni 1942.

Walter Hildebrandt.

Kultur- und Zeitfragen

Zürcher Theaterwochen.

Stadttheater.

„Jeanne d'Arc“.

Prometheus am Felsen des Kaukasus, Niobe auf dem Grab ihrer Kinder, stundenlang verharrend in der Gebärde des Schmerzes — an solche Wirkungen der antiken Tragödie erinnert Claudels „Jeanne d'Arc“, wo die heilige Streiterin von der Höhe des Scheiterhaufens herab die größten Ereignisse ihres Lebens vor sich vorüberziehen sieht, die Verurteilung, das politische Spiel, den Zug des Königs nach Reims und weiter zurück die Kindheit in Domrémy — bis die Flammen zündeln und die ewige Seele sich nach Schmerz und Tod verklärt. Dem Bruder Dominik (von Heinrich Gretler mit sicherem Takt betreut), der das Buch von Jeanes Leben vorliest und erläutert, fällt dabei die Aufgabe zu, die bei den Griechen der Chor bewältigt. Deutlicher treten aber die barocken Elemente hervor, das „Welttheater“, die Hierarchie des Daseins von den Verworfenen bis hinauf zur Glorie der Mutter Gottes. Das Ganze wirkt überwältigend und gibt uns wieder ein Maß dessen, was die Bühne vermag und soll.

Freilich läßt sich der Wert der Dichtung kaum vom Wert der in jeder Hinsicht meisterhaften Aufführung sondern. Die Bühne zeigt den sakralen Raum, in dem das Leben sich hier bewegt. Das Treiben der Welt, ihr Flitter, ihre Sünde und Verblendung werden in eindrucksvollsten Bildern sichtbar. Über alles aber erhebt sich die Gestalt der Dulderin, die Maria Becker, diese große Tragödin, mit einer fast sagenhaften Vollkommenheit verkörpert. Wie wenig bleibt der Schauspielerin übrig, die mit aneinander gefetteten Händen an den Pfahl gefesselt ist! Eine Krümmung des Körpers, ein Neigen des Hauptes, die Mimik und dann frei-